

Stellungnahme zur Sachverständigenanhörung “Digitale Zivilgesellschaft” am 20.01.2022

Julia Kloiber und Elisa Lindinger, SUPERRR Lab

Als Mit-Initiatorinnen der Initiative “Digitale Zivilgesellschaft”¹ fassen wir als Stellungnahme die Vier Forderungen für eine digital-souveräne Gesellschaft zusammen, die wir 2021 gemeinsam mit anderen Akteur*innen aus der Initiative veröffentlicht haben und die inzwischen von rund 80 Organisationen aus Deutschland und darüber hinaus mitgezeichnet wurden.

Vier Forderungen für eine digital-souveräne Gesellschaft

Digitalisierung ist kein rein technisches, sondern in erster Linie ein gesellschaftliches Thema: Bei ihr geht es um grundlegende soziale Themen wie Gerechtigkeit, Solidarität, Teilhabe und Zugang. Um sie nachhaltig und sozial umzusetzen, muss der Fokus auf gesellschaftlichen Bedürfnissen und Herausforderungen liegen.

1. Digitale Souveränität der Gesellschaft als zentrale Maxime in der Digitalpolitik verankern

Für eine erfolgreiche Digitalpolitik sind keine Digitalministerien notwendig, sondern eine umfassende Digitalmission, die von allen Ressorts in ihren jeweiligen Fachgebieten in Bund und Ländern umgesetzt wird. Digitale Handlungsfähigkeit der Gesellschaft ist das Leitbild dieser Umsetzung bei der Abstimmung zwischen den Ressorts und der Integration fachspezifischer Ansätze in die Digitalmission:

Digitale Souveränität umfasst die Fähigkeiten, Rechte und Möglichkeiten von Menschen und Organisationen, um in der digitalen Welt selbstbestimmt und sicher zu agieren und das Digitale im gesellschaftlichen Interesse zu gestalten.

2. Zivilgesellschaft paritätisch beteiligen und Transparenz schaffen

Gesellschaftliche Expertise fehlt in der Digitalpolitik. In Beratungsgremien dominieren Wirtschaft und Wissenschaft. Die Zivilgesellschaft muss gleiche Möglichkeiten erhalten, um ihre Expertise einzubringen. Dafür schlagen wir eine verbindliche Zivilgesellschafts-Quote in Beratungsgremien und bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen vor. Echte Mitgestaltung muss ermöglicht

1 <https://digitalezivilgesellschaft.org/>

werden, indem Abläufe politischer Entscheidungsprozesse transparent gemacht und vorab kommuniziert werden, ausreichende Fristen für Konsultationen gesetzlich festgelegt und maschinenlesbare Dokumentation des Entscheidungsprozesses bereitgestellt werden.

3. Öffentliches Geld, öffentliches Gut

Investitionen landen zu häufig in eigentumsrechtlich geschlossenen Silos, wodurch Wissen verloren geht und Probleme oft doppelt gelöst werden müssen. Gerade im Digitalbereich fließen große Summen in einen Markt, der eine hohe Fluktuation an Anbieter*innen und Werkzeugen aufweist. Hier muss dringend für wirtschaftliche Nachhaltigkeit gesorgt werden.

Für Staatsausgaben im digitalen Bereich muss gelten: „Public Money: Public Good!“ Das betrifft Software (Public Money, Public Code), Daten der öffentlichen Verwaltung (Open Data), freies Wissen und offene Bildungsmaterialien (Open Educational Resources) gleichermaßen.

Öffentliche Gelder für digitale Werkzeuge werden ausschließlich in offenen Verfahren (Open Contracting) vergeben.

4. Digitalisierung wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltig umsetzen

Die Digitalisierung kann nur dann gelingen, wenn sie nachhaltig gestaltet wird. Wir brauchen eine nachhaltige Förderung für einen Aufbau von ökologischer, sozialer digitaler Infrastruktur. Innovationsförderung im Digitalen muss explizit soziale Innovation stärken.

Aufbau und Wartung von sicherer, dezentraler digitaler Infrastruktur für die Gesellschaft sind langfristig zu fördern, z. B. durch den Aufbau eines Infrastruktur-Fonds für und der Förderung von Wartungsarbeiten (Maintenance) an zentralen Bausteinen digitaler Werkzeuge.

Diversität in der Digitalisierung fördern können nur durch verbindliche Diversitätsziele bei Hightech-Förderung erreicht werden.

Um die Digitalisierungsbestrebungen bewerten zu können, ist ein „Nachhaltigkeitsindex Digitalisierung“ notwendig: In diesem werden nicht nur die Parameter der Digitalisierung nachgezeichnet und aktualisierend definiert, sondern auch der Status Quo und der jeweilige Fortschritt in den Bereichen.